

Antel!

33⁵⁰

36⁰⁰

Antel

in

ne

este,

ird.

nt, mit

tänden

fon

8

Achtung!

ische

ag zu haben!

Bratschellische,

steinbutt.

Vollheringe

Wiebeln.

0 Pfd. 0,90 Mk.

hardt

Telephone 589.

Holl. Pischel

Freitag

chellische,

Bratschell-

steinbutt und

Bückinge,

ringe.

es Obst.

etzger

Osterafr. 49.

Ordnlicher

auflange

et gesucht.

hams u. Garfs.

Ein fräftiges

Lädchen

be Tage gesucht.

theres in d. G.

stelle

che 3. 1. Oktober

draves, kath. tin

ebes

Lädchen

es 1. Hause schla-

ann. Guter Lohn

ute Behandlung

ichert. Küche kann

nt werden.

Direktor Jasper,

Wirtgstr. 38.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei
Rheider Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Koblstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagssort: Münster (Westf.) 2. Unholt-Melburger Zeitung

Nr. 249

Freitag, den 11. September

1925

Schwere Kämpfe an allen Marokkofronten.

Spanischer Vormarsch auf Adjir.

Französische Angriffe bei Tazza.

W. Paris, 10. Sept. (Tel.) Der „Chicagoer Tribune“ wird aus Madrid gemeldet, daß die Spanier eine zweite Truppenlandung in der Alhucemas-Bucht vorgenommen haben. Eine 5000 Mann starke Abteilung unter General Perez ist in der Nähe des Kap Quilates am westlichen Vorprung der Bucht an Land gesetzt worden. Die Spanier haben nunmehr beide Vorgebirge der Alhucemas-Bucht in Händen und sollen von zwei Seiten einen Marsch auf Abd Krimms Stellung bei Adjir planen, das von 25 000 Mann regulären Krieger mit beträchtlicher Artillerie verteidigt werde. Auf irgendwelchen Widerstand sind die Spanier bei der Landung nicht gestoßen. Die wenigen dort anwesenden Krieger schossen ihre Gewehre ab und flohen. Man glaubt, daß man schon in den nächsten Tagen Adjir einnehmen werde. Die spanische Heeresleitung legt diesen Operationen große Bedeutung bei, denn in Adjir sollen sich große Vorräte an Waffen und Kriegsmaterial aller Art befinden. Außerdem rechnet man damit, daß die Einnahme von Adjir eine große moralische Wirkung auf die Krieger ausüben wird.

Aus Tanger hingegen wird gemeldet, daß die Lage der in der Alhucemas-Bucht gelandeten Truppen sehr schwierig sei, denn einmal seien sie von den übrigen spanischen Truppen vollständig abgeschnitten und außerdem gestalte sich der Nachschub von Waffen und Verpflegung sehr schwierig, da kein Hafen vorhanden sei und das stürmische Wetter jede Landung an der steilen Felsküste sehr schwierig mache. Bei starkem Seegang könnten weder Mannschaften noch Munition und Lebensmittel gelandet werden, was für die im Vormarsch auf Adjir befindlichen Truppen sehr verhängnisvoll werden könne.

Auch die Franzosen haben bei Tazza energisch angegriffen, um von der Nordfront Abd el Krimms Truppen nach dem Süden abzulenken. Die französischen Angriffe erfolgten erst nach sehr langer und starker Vorbereitung durch Artillerie. Große Flugzeuggeschwader bewarfen die feindlichen Stellungen ständig mit Bomben. Gestern sollen allein von einem französischen Geschwader 8000 Bomben abgeworfen sein.

Abd el Krimms Gegenstoß bei Tetuan.

W. Paris, 10. Sept. (Tel.) Obwohl die Lage Abd el Krimms durch die gleichzeitigen Angriffe im Norden und Süden bedeutend schwieriger geworden ist, so hat er seine heftigen Angriffe gegen Tetuan fortgesetzt, als wenn er sich unter allen Umständen in den Besitz

der strategisch sehr wichtigen Höhen bei Tetuan setzen will. Nach neueren Feststellungen soll Abd el Krim bei Tetuan seine besten Kampftruppen zusammengezogen haben, die unter seinem persönlichen Oberbefehl kämpfen. Eine spanische Kolonne soll hier von 1000 Mann allein 250 Tote zu verzeichnen haben. Die Artillerie Abd el Krimms hat die Beschießung Tetuans fortgesetzt und dort wichtige militärische Anlagen der Spanier zerstört.

Primo de Rivera, der bisher die Operationen bei Alhucemas von einem Kriegsschiff aus beobachtet hatte, begibt sich nach Tetuan, da sich dort die Lage der spanischen Truppen ständig verschlechtert hat. Der Schwerpunkt des Kampfes scheint sich danach von Alhucemas nach Tetuan verschoben zu haben.

W. Berlin, 10. Sept. (Tel.) Der „Völkischer Anzeiger“ meldet aus London: Nach Berichten, die hier gestern spät abends aus Madrid eintrafen, scheint es zweifellos, daß die Situation an der Tetuan-Front sehr ernst ist. Abd el Krimms Truppen entwickeln gegen die spanische Schutzlinie bei Tetuan eine Offensive, die gestern nachmittag in der Gegend von Bentarich zu furchtbaren Kämpfen geführt hat. Die Einnahme von Bentarich durch die Krieger wird jetzt stündlich erwartet. Weiter westlich von Larache zu haben die Krieger die spanische Linie durchbrochen. Der Marsch auf Adjir von der Küste aus ist zum Stillstand gebracht worden, und General Primo de Rivera hat den Marschall Petain gebeten, sofort mit der französischen Offensive zu beginnen, um eine Katastrophe an der spanischen Westfront zu verhindern.

Wie die spanische Landung durchgeführt wurde.

W. Madrid, 10. Sept. (Tel.) Ueber die Durchführung der Landung spanischer Truppen in der Bucht von Alhucemas wird von der Armeeführung berichtet: Um zehn Uhr morgens begannen die vereinigten spanischen und französischen Kriegsschiffe mit dem Bombardement, unterstützt von zahlreichen Bombenfliegern, bis die feindlichen Batterien zum Schweigen gebracht waren. An der Beschießung nahmen 32 spanische und 18 französische Schiffe teil, dazu die 32 Kanonen der Infanterie Alhucemas. Ueber das Hinterland flogen 70 Flugzeuge, die der Schiffsartillerie die Ziele anzeigten. Das Feuer wurde weiter zurückverlegt, als die Flieger durch Zeichen bekanntgaben, daß die Ausschiffung begonnen hatte. Bereits von den gepanzerten Ausschiffungsbaracken aus feuerten die Truppen, dann gewannen sie das Ufer, bis zum Fasse im Wasser vorgehend. Nach einer halben Stunde war die Höhe des ersten Hügel gewonnen, nachdem wenige Marokkaner, die noch Widerstand leisteten, getötet worden waren.

Der deutsche Ku-Klux-Klan.

Die „Ritter des feurigen Kreuzes“.

W. Berlin, 10. Sept. (Tel.) Vizepräsident Friedensburg nahm heute Gelegenheit, vor Vertretern der Presse Mitteilungen über die Aufdeckung des Ordens der „Ritter des feurigen Kreuzes“ zu machen. Zweck seiner Ausführungen war vor allem, gegenüber den bisher veröffentlichten Berichten eine authentische Darstellung zu geben. Die Ermittlungen ergaben folgendes Bild: In Berlin hatte sich eine Geheimorganisation gebildet unter Führung von drei Amerikanern, den Herren Strohschein, Vater und Sohn, und einem Mr. Gray. Die Amerikaner hatten vor zwei Jahren mit gewissen Kreisen Fühlung genommen, um eine Organisation nach dem Muster des amerikanischen Ku-Klux-Klan zu bilden. Die Kartothek ergab nachweislich eine Mitgliederzahl von 350 bis 400 Personen; wahrscheinlich sind aber mehr Personen an der Organisation beteiligt. Satzungen, Statuten und Organisationsformen des Ordens muten sehr phantastisch an. Der Orden soll satzungsgemäß aus Männern germanischen Blutes bestehen. Paragraph 11 fordert nicht Worte, sondern Taten. Der Eid ist sehr langatmig; jedes Mitglied schwört unter religiösen Formeln, nichts von dem, was es gesehen und gehört hat, zu verraten. Es schwört, sich allen Feinden des Vaterlandes. Es verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber dem Hauptling. Wenn das Mitglied einem Feinde oder sonst irgend einem Menschen etwas verrät, sollen seine Knochen im Leibe zerbrochen werden, seine Augen ausgestochen werden usw. Die Organisation hat fünf Grade, den ersten, zweiten und dritten, den Senat oder Wollhall, bestehend aus 14 Personen, und Agard, die höchste unsichtbare Macht, bestehend aus den drei Amerikanern. Diese hatten versucht, eine Verbindung mit Ku-Klux-Klan zu schaffen, haben aber dabei eine Abfuhr ertitten. Agard wurde aufgelöst, die Leitung blieb bei dem Senat, dessen erstes Mitglied ein gewisser Brand, ein Angestellter bei Sie-

mens, ist, der den Namen Wotan führte. Brand ist ehemals Reichstagskandidat der Deutschen Volkspartei gewesen und gegenwärtig Mitglied der Deutsch-Sozialen Partei. Die Mitglieder des Bundes sind Kaufleute und Handwerker, meist den Deutsch-Sozialen, teilweise den Völkischen und Deutschnationalen, nach Behauptung eines Mitgliedes aber auch einer republikanischen Partei angehörig. Der Wirkungskreis ist nicht daran beteiligt. Hier lag eine Verwerfung vor. Die beiden Amerikaner Strohschein sind gestern in Kosenau in Schlesien festgenommen worden. Sie werden voraussichtlich ausgewiesen werden. Von den im ganzen festgenommenen 18 Personen sind acht bereits entlassen. Die Mehrzahl der übrigen wird voraussichtlich heute entlassen werden. Nach den Behauptungen eines Mitgliedes ist eine Gewalttat im Bunde verboten gewesen. Der Bund wollte seine Ziele durch Druck auf die Volkspartei erreichen. Ein terroristischer Akt konnte bisher auch nicht nachgewiesen werden. Es ist auch unwahrscheinlich, daß die am 21. Februar 1925 gegründete Organisation an den meist im Jahre 1923 erfolgten Geheim-Morden in Mecklenburg beteiligt ist. Eine strafbare Handlung ist aber durch § 128 des Strafgesetzbuches wegen Geheimbündelei gegeben.

W. Berlin, 10. Sept. (Drahtf. unseres Berliner Vertreters.) Bei den heute den Vertretern der Presse im Polizeipräsidium gegebenen Darlegungen über die aufgedeckte Geheimorganisation der „Ritter des feurigen Kreuzes“ waren die beschlaggenommenen Bundesembleme zur Schau gestellt: rote Kreuze, ein Miniatur-Totenkopf, ein Hammer und eine Art Zepher mit einem Adler auf einem roten Kreuz. Auf Photographien sah man die Mitglieder in Masken, ähnlich den bekannten Ku-Klux-Klan-Verkleidungen. Der stellvertretende Vizepräsident stellte fest, man dürfe den Fall nicht ganz leicht nehmen. Die Geheimorganisation hatte nach den polizeilichen Ermittlungen zunächst keinen besonderen Zulauf. Mit der Zeit ist aber die Mitgliederzahl auf rund tausend angewachsen, von denen etwa 400 fest-

gestellt sind. Die Mitglieder sind nicht nur jüngere Leute, sondern zum Teil auch bejahrte Männer. Man hoffte, durch Druck auf die Volkspartei eine völkische Gesetzgebung durchsetzen zu können. Gegen die Mitglieder wird das Strafverfahren wegen Geheimbündelei eingeleitet werden.

W. Berlin, 10. Sept. (Drahtf.) Nach einer Mitteilung der Deutsch-Sozialen Partei, Landesverband Groß-Berlin, steht diese in keinerlei Verbindung und Beziehung zu der nach dem Muster des Ku-Klux-Klan von dem amerikanischen Pfarrer Strohschein in Berlin gegründeten Geheimorganisation. Strohschein hielt zwar Anfang d. J. einige Vorträge für die deutsch-sozialistische Partei, wurde aber dann für nicht geeignet für die deutsch-sozialistische Bewegung erkannt und fallen gelassen. Strohschein hielt 1924 auch Vorträge für die völkische Freiheitspartei, hauptsächlich über Amerika. Größere Geldmittel kann er nicht beschaffen, denn er wollte durch die Vorträge eine Unterstützung für seine Existenz schaffen.

Der Geheimbund Ku-Klux-Klan entstand, wie man weiß, in der sogenannten Restaurationsperiode in den Südstaaten der nordamerikanischen Union nach dem Sezessionskrieg. Er richtete sich gegen den, durch gewissenlose Politiker und politische Abenteurer aus den siegreichen Nordstaaten aufgestellten Übermut der befreiten Schwarzen und nützte durch Anlegung von weißen Gewändern, die den ganzen Körper vom Schüttel bis zur Sohle bedeckten, den Aberglauben und die Gelfenfernecht der Neger aus, um ihnen Schrecken einzujagen. Bald wurde er auch gegen mißliebige Weiße gebraucht. Als in und nach dem Weltkrieg der Nationalismus auch in den Vereinigten Staaten überhand trieb, erkrankte der „Orden“ von neuem, diesmal aber richtete er seine Tätigkeit gegen „nicht-amerikanische Amerikaner“, also gegen nicht „Nationalgefinnte“. Dazu rechneten Neger, Juden und Katholiken. In den meisten Staaten der Union ist dem Ku-Klux-Klan übrigens das Handwerk mittlerweile gelegt worden.

Die Einladung an Dr. Stresemann abgegangen.

W. Genf, 10. Sept. (Drahtf.) Von zuständiger Seite wird gemeldet, daß im Laufe des heutigen Nachmittags an den deutschen Außenminister Dr. Stresemann ein von Briand unterzeichneter Brief abgegangen sein soll, der die Einladung zur Teilnahme an der geplanten Ministerkonferenz für die Sicherheitsfrage mitteilt. In dem Brief sollen keine Angaben über den Zeitpunkt der Ministerkonferenz noch über den Ort enthalten sein. Ferner soll die Frage der Teilnahme Italiens an den weiteren Verhandlungen offen gelassen sein.

Abrüstung und Völkerbund.

Von unserem Korrespondenten.

* Genf, 9. September.

Nachdem die Frage des Genfer Protokolls trotz Frankreichs starkem Drängen auf allgemeine Annahme mehr in den Hintergrund gedrückt ist, wird man sich bei der jetzigen Völkerbundstagung öffentlich oder zumindest in den Kommissionsitzungen auch damit zu beschäftigen haben, welches das Schicksal der von der vorigen Völkerbundversammlung angenommenen Resolution einer Abrüstungskonferenz sein soll. Deutschland ist daran besonders interessiert, daß nicht um diesen Punkt herumgesprungen wird, sondern daß man, nachdem Einmütigkeit für das Stattfinden der Konferenz in der ersten Septemberwoche des Vorjahres aufgebracht werden konnte, endlich das Datum dafür festsetzt.

Von schweizerischer und amerikanischer Seite her wird bei dieser Völkerbundversammlung lebhafter als von den anderen Nationen an den Beschluß von 1924 erinnert. Die schweizerische Regierung ist der wohl nicht unberechtigten Auffassung, schon der letzte Krieg habe bewiesen, daß auch die kleinen Völker, selbst bei verhängnisvoller Neutralität, durch Krieg in anderen Ländern selbst aufs härteste in ihrem Finanzsystem und dem ganzen Wirtschaftsgefüge getroffen werden. Deshalb würde die Schweiz infolge ihrer geographischen Lage eine allgemeine Abrüstung ganz besonders gern sehen. Wenn man sich in Deutschland ähnlichen Gedanken hingibt, so kommt dabei natürlich der politische Gesichtspunkt hinzu: die Ungerechtigkeit und Ungleichheit, die in einer einseitigen Entwaffnung liegt, während die Gegenseite ihre Bewaffnung einseitig übertrifft.

Der amerikanische Professor James I. Schottwell von der berühmten Columbia-Universität macht jedoch in der größten Schweizer Zeitung, dem „Journal de Genève“, darauf aufmerksam, daß das Rezept zur Heilung der Schlafkrankheit, das vielleicht mehr Menschenleben retten kann, als während des ganzen Weltkrieges umlanten, im selben Gebäude, Zimmer neben Zimmer, entdeckt wurde, wo die Giftgasfabrikation betrieben wird. Dieselben Chemiker sind also gleichzeitig im Dienst des Krieges und des Friedens, des Heilens und des Tötens. Dies zeigt die enge Ver-

Handelt der verschiedenen Teile der Chemie. Und Professor Schwell schlägt eine internationale Kontrolle der großen chemischen Industrien durch Völkerbundsbeamte oder Delegierte vor, um so zu einer Beaufsichtigung der chemischen Abstrichung zu kommen. Nachdem die internationalen Kontrollkommissionen eben ihre Missionen in Deutschland betreiben haben, dürfte es jedoch noch einige Zeit oder ewig dauern, bis alle Länder in ähnliche Durchforschungen einwilligen würden. Dies ist überhaupt nur ein Punkt der Entwaffnungsfrage.

Weit wichtiger ist die Verkleinerung der Heere und eine allgemeine Rüstungsbegrenzung durch Festlegung eines Schlüssels, wie man ihn aufstellen ein erstes Mal auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz versuchte. Allmähliche Abrüstung bei fortwährenden Sicherheiten, und auch das nur unter genauer Berücksichtigung der Lage und der Bedürfnisse jedes einzelnen Staates, — das könnte eine Basis für kommende Verhandlungen hierüber geben.

Vor allem hat man in Washington eine Kontrolle zur Einhaltung der Verpflichtungen anzugeben verfaßt. Der Völkerbund war damals erst schwach und in seinen Anfängen, so daß man nicht daran denken konnte, ihm irgendeine derartige Aufgabe zu überweisen, ganz abgesehen davon, daß Amerika jede offizielle Beteiligung mit dem Völkerbunde ablehnt. Würde auch bei einer neuen Abrüstungskonferenz die Einsetzung einer Kontrollkommission unterlassen, so hätten die Abmachungen die Wirkung des Gegenteils, was die Verfasser wollen. Denn dann könnten die einzelnen Länder sich gegenseitig anklagen, die Konventionen nicht einzuhalten, während ein Schiedsrichter fehlt.

Ob es schließlich dem amerikanischen Vorschlag gemäß möglich ist, auch schon in Friedenszeiten die Verproviantierung eines Landes dahin zu prüfen, ob Kriegsvorbereitungen keine Hintergedanken sind, das ist allerdings wenig wahrscheinlich und wohl noch weniger durchführbar. Wenn man aber schon an eine befriedigende Lösung der Abrüstungsfrage auf internationalem Wege glaubt, so darf man nicht die brauchbaren Vorschläge, die man dazu machen kann, durch Befügung von Illusionen schmälern.

Fred Lobert-Karn.

Eine Friedensrede Chamberlains.

tu. Genf, 10. Sept. (Tel.) Die Sitzung des Völkerbundes begann heute um 10.30 Uhr. Nach kurzen Ausführungen des Vertreters von Paraguay betritt Chamberlain, von langem und herzlichem Beifall begrüßt, die Rednerbühne. Die Versammlung folgte den Ausführungen Chamberlains aufmerksam, fast regungslos. Chamberlain begann in seiner Rede mit einem Hinweis auf das wachsende Interesse der Welt am Völkerbund und auf seinen wachsenden Einfluß. Die britische Regierung hätte ihr Vertrauen zum Völkerbund durch ihre Bereitwilligkeit, eine Entscheidung in der Moskaufrage anzunehmen, bekundet. Die Begründung der Ablehnung des Genfer Protokolls durch die britische Regierung sei keineswegs in der Verschiedenheit der Ziele zu erblicken, aber die britische Regierung wäre der Überzeugung, daß der

Zweck eines Friedensprotokolls nicht die Bestrafung des Angreifers, sondern die Verhinderung des Krieges

sein müsse. Das Protokoll hätte dem nicht genügend Rechnung getragen. Nur wenn der Völkerbund den Krieg verhindern, werde er die Hoffnungen der Welt erfüllen. Bei der großen Verschiedenheit der im Völkerbund vertretenen Völker lasse sich nicht jeder mögliche Kriegsfall vorhersehen. Kein Schiedsrichter könne für alle Mitglieder der Versammlung die gleichen Ansprüche machen und dann erwarten, daß sie auch jedem gut passen. Die Aufgabe des Völkerbundes wäre, zu vermitteln, das Protokoll würde nur einer gewissen Art von Konflikten gerecht und finde für eine größere Anzahl von Konflikten keine Lösung. Der angeführte Teil scheue allgemein vor den Folgen der rein logischen Art. Er verlange praktische Regelungen. England habe in den letzten 250 Jahren gewaltige Veränderungen durchlebt. England könne aber keine Revolution, die in allgemeinen logischen Grundsätzen ihren Ursprung hatte. Seine Fortschritte waren stets den Zeitbedürfnissen angepaßt. England ließe bei der Beurteilung des Protokolls unter dem Einfluß seiner historischen Entwicklung. Es lehne alle allgemeinen Grundsätze ab, die für alle Fälle passen sollten. England wolle vor allem die Sicherheit der Völker in der ganzen Welt gewahrt sehen. Es wolle dieses Ziel beschreiben in Anknüpfung nehmen und nicht mit einem Schlag mehr erreichen, als sich tatsächlich erreichen ließe.

Das Wichtigste für England sei, den Frieden herbeizuführen und den Krieg zu verhindern.

Die erste Bedingung sei, den Frieden zu erhalten, den Krieg zu verhindern oder den Ausbruch des Krieges wenigstens solange hinauszuzögern, bis Freunde vermitteln könnten und die Welt ihr Wort gesprochen habe. Die moralischen Sanktionen seien ebenso wichtig als die kriegerischen, und auf die Dauer am wirksamsten. Die Forderung müsse lauten:

Abrüstung durch Sicherheit, Sicherheit durch Schiedsgericht.

Die moralische Abrüstung sei die Grundlage der Sicherheit. Die Painlevé gesagt habe, müssen wir einen wirklich wahren internationalen Geist und eine neue internationale Moral schaffen. Die britische Ansicht sei, zuerst in dem uns am nächsten liegenden Gebiet die Sicherheit zu verschaffen, indem die besonderen Vereinbarungen den besonderen Bedürfnissen der Völker im Geiste des Völkerbundes entsprechen. Daher lie England für eine Zusammenarbeit der am meisten interessierten Mächte. Es handle sich nicht um neue Bündnisse gegen andere Parteien, sondern um die Herbeiführung des allgemeinen Friedens durch Sondervereinbarungen. So hoffe England am besten einen allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Nach Chamberlain, dessen Rede häufig durch Beifall unterbrochen wurde, sprach noch der schwedische Außenminister Norden, der die gute Seite des Genfer Protokolls hervorhob und der Hoffnung Ausdruck gab, daß Deutschland bald dem Völkerbund beitreten möge. Unden schlug namens der schwedischen Delegation der Völkerbundsversammlung folgenden Resolutionsentwurf vor: Da es von größter Bedeutung wäre, wenn alle Staaten das Prinzip der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit annähmen, ersucht die Versammlung den Rat, die diesbezüglichen Bestimmungen des im letzten Jahre von der 6. Völkerbundsversammlung angenommenen Protokolls einer Sachverständigenkommission zur Prüfung zu überweisen.

Die in Paris vor einigen Tagen verbreitete Nachricht, daß Briand mit Baldwin für die nächste Woche eine Zusammenkunft in Paris habe, wird, wie dasas erzählt, von zuständiger Stelle als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

Abberufung des Franzosen Rault aus dem Saarrevier?

Die Saarabordnung in Genf nicht allzu pessimistisch.

tu. Genf, 10. Sept. (Tel.) Die in Genf anwesende Abordnung aus dem Saargebiet äußerte sich nicht allzu pessimistisch über die Aussichten für die Neuabsetzung des Präsidentenpostens der Saarregierung, die im Winter durch den Rat erfolgen wird. Es besteht die begünstigte Hoffnung, daß der Rat den französischen Präsidenten Rault abberufen und eine

Doch Abbau der österreichischen Finanzkontrolle.

Der Beschluß des Völkerbundsrats.

w. Genf, 10. Sept. (Drathb.) Der Völkerbundsrat hat sich heute nachmittag in feierlicher öffentlicher Sitzung grundsätzlich für die endgültige Aufhebung der Finanzkontrolle des Völkerbundes in Österreich ausgesprochen. Der Abbau der Kontrolle soll in drei Stufen erfolgen. Ihre endgültige Aufhebung wird von der Erfüllung verschiedener Bedingungen abhängig gemacht, kann jedoch nach Auffassung des Finanzkomitees des Völkerbundes bis Juni 1926 endgültig vom Rat ausgesprochen werden. Der Vorsitzende des Finanzkomitees Dubois, Präsident des schweizerischen Bankvereins, fasste in seinem Bericht die Lage folgendermaßen zusammen: Die Bedingungen für die erste Erleichterung der Kontrolle sind zum größten Teil erfüllt, weshalb der Generalkommissar Zimmermann am 1. August zur ersten Erleichterung schreiten konnte. Dieser ersten Stufe wird schon bis Ende 1925 die zweite Stufe folgen, nämlich die vorläufige Aufhebung der Kontrolle. Vor dieser Aufhebung muß jedoch die österreichische Regierung mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes genaue weitere Vereinbarungen hinsichtlich der Verwendung der Anleihepfänder und der Anleiheredite treffen. Sind diese Bedingungen erfüllt und sind außerdem die gesetzgeberischen Maßnahmen getroffen, kraft deren sich das österreichische Parlament mit der Beibehaltung eines Beobachters bei der österreichischen Nationalbank für die Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Wiederaufnahme der Finanzkontrolle während der ersten zehn Jahre einverstanden erklärt, so beginnt dieses zweite Stadium der vorläufigen Aufhebung der Kontrolle. Dieses zweite Stadium

wird eine neutrale Person an seine Stelle setzen wird. Damit wäre für die Saarregierung schon ein schöner Erfolg erzielt. Vermutlich wird sich der Rat schon während der jetzigen Tagung über die Persönlichkeit des neuen Präsidenten einigen.

Der Besuch des Reichspräsidenten im befreiten Westfalen.

w. Münster, 10. Sept. Der für den 17. September in Bochum vorgesehene Besuch des Reichspräsidenten, sowie der Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, gilt dem gesamten ehemals besetzten Gebiet Westfalens. Neben dem Reichspräsidenten werden der Reichskanzler, der Preussische Ministerpräsident und der Preussische Minister des Innern an dem Besuch teilnehmen. Um der Bevölkerung des ehemals besetzten Gebietes der Provinz Westfalen Gelegenheit zur Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen zu geben, wird mitgeteilt, daß die öffentliche Kundgebung Donnerstag, den 17. September, 5 Uhr nachmittags, vor dem Parkhaus in Bochum stattfindet. Auf Begrüßungsansprachen des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen und des Oberbürgermeisters der Stadt Bochum werden der Reichspräsident, der Reichskanzler, sowie der Preussische Ministerpräsident antworten. Zutritt zu dieser Veranstaltung hat jedermann ohne besondere Eintrittskarte.

Das Urteil gegen die kommunistische Zentrale.

tu. Leipzig, 10. Sept. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Staatsgerichtshofes wurde im Prozeß Grylewicz und Genossen um dreizehn Uhr folgendes Urteil verkündet: Das Verfahren gegen Grylewicz, Schumacher und Schlacht wird auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt; Maslow wird wegen Vergehens gegen § 86 des Strafgesetzbuches in Tateinheit mit dem § 7, Ziffer 4 und 5 des Republik-Schutzgesetzes zu vier Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, zu den Kosten des Verfahrens und Ausweisung aus dem Reichsgebiete verurteilt. Die Geldstrafe und ein Jahr der Freiheitsstrafe gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Außerdem wird auf Einziehung der Schrift „Die russische Revolution von 1917“, sowie auf Vernichtung der Plakate und Formen erkannt.

Mit dem Urteil ist nach 10tägiger Verhandlung der erste Akt des Prozesses gegen die Zentrale der K. P. D. zu Ende geführt. Angeklagt waren der Privatangehörige und Schloßherr Anton Grylewicz aus Neudöhlen, der Redakteur Wilhelm Schumacher von der „Roten Fahne“ (Berlin), der Berufslose Paul Schlacht (Berlin) und der Schriftsteller Artakij Wladimirovitch Maslow (Berlin-Vishniberg). Hauptangeklagter jedoch war Maslow, der bis zu seiner Festnahme als der eigentliche Staatshalter des Bolschewismus in Deutschland galt. Nach der Anklage war Maslow über die gesamten Vorgänge in der K. P. D. orientiert und hat ständig mit Russland in Verbindung gestanden. In seiner gesamten Tätigkeit, die er als ausführendes Organ des Bolschewismus ausübte, wurde nicht nur Reichsliste zum Hochverrat, sondern vollendet der Hochverrat erfüllt. Auch die übrigen drei Angeklagten waren hervorragend für die illegalen Ziele der K. P. D. tätig. Im Verlauf der Verhandlungen wurde u. a. auch die Beteiligung der Angeklagten an dem sogenannten Cuno-Streit vom August 1923 bis Ende September 1923 festgestellt. Auch mit der Paffhäuser-Zentrale hat Maslow in Zusammenhang gestanden. Der Vertreter der Anklage, Landgerichtsrat Floegel, hatte gegen Grylewicz und Schumacher auf Grund des Amnestiegesetzes die Einstellung des Verfahrens, gegen Schlacht drei Jahre Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, gegen Maslow 4 Jahre Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und Ausweisung aus dem Reichsgebiet beantragt. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wolf und Dr. Rosenfeld, hatten auf Freisprechung plädiert.

Von Nah und Fern.

Wieder zwei Brandstiftungen in Berlin.

w. Berlin, 10. Sept. (Tel.) Heute Nacht brach im Dachboden des Hauses Knebelstraße 47 Feuer aus. Die sofort alarmierte Feuerwehr erlöschte den Brand im Keime. Drei verdächtige Personen wurden durch die Brandkommission festgenommen.

tu. Berlin, 10. Sept. (Tel.) Die Zahl der Brandstiftungen ist heute wieder um einen weiteren Brand vermehrt worden. Beamte der Wach- und Schutzeinheit bemerkten heute, daß aus dem Dachstuhl des Hauses Lenbachstraße 9 Rauch aufstieg. Einen Brand annehmend, benachrichtigten sie sofort die Feuerwehr, die gleichzeitig mit der Brandkommission der Kriminalpolizei an der Brandstelle erschien. Hier fand sie die Annahme der Wache bestätigt: Der Bodenraum stand in ziemlich großer Ausdehnung bereits in Flammen. Sofort wurde mit den Löscharbeiten begonnen. Nach einstündiger Arbeit gelang

kann nach Auffassung des Finanzkomitees Juni 1926 zu Ende gehen, zuvor muß jedoch noch die Rechnungslegung für das Rechnungsjahr 1925 erfolgen und der Budgetvorschlag innerhalb der vom Völkerbund gewünschten Grenzen vom österreichischen Parlament angenommen sein. Sobald diese Bedingungen erfüllt sind, wird der Völkerbundsrat die endgültige Abschaffung der Finanzkontrolle erklären, was, wie gesagt, nach der Auffassung des Komitees Juni 1926 der Fall sein wird.

Der Präsident des Finanzkomitees Dubois erklärte in seinem Exposé nachdrücklich, daß Österreich an Stelle der heute vorwiegend kurzfristigen Kredite unbedingt langfristige in Anleiheform erhalten müsse, um seinen Wiederaufbau endgültig und erfolgreich durchzuführen. Die Vertreter Österreichs, Bundeskanzler Ramek und Außenminister Mataja, erklärten sich mit den Vorschlägen des Finanzkomitees einverstanden unter dem Vorbehalt, daß sie von dem österreichischen Parlament genehmigt werden. Sollte diese Genehmigung nicht erfolgen, so würde die Abmachung zwischen Österreich und dem Völkerbund vom 4. 10. 22 in Wirkung bleiben. Sowohl die Vertreter Österreichs wie auch die verschiedenen Ratsmitglieder, nämlich Chamberlain, Briand, Scialoja, Benesch sowie Generalkommissar Zimmermann und der Präsident Dubois gaben ihrer großen Genugtuung über die geleisteten Fortschritte beim Wiederaufbau Österreichs Ausdruck, wobei die Vertreter Österreichs den ehemaligen Bundeskanzler Seipel als den Retter des Vaterlandes bezeichneten, der Österreich zum Wiederaufbau führte.

Weiter befaßte sich der Rat mit dem Wiederaufbau Ungarns, der ein günstiges Bild zeigt, u. a. einen Budgetüberschuss von 63 Millionen Goldfronen statt eines vorhergesehenen Fehlbetrages von 100 Millionen Goldfronen.

es der Wehr, den Brand zu lokalisieren und den Südsügel des Dachstuhles vor den Flammen zu retten. Der Sachschaden ist erheblich. Die angestellten Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß wieder Brandstiftung vorliegt.

Beisprechungen der Bergarbeiterverbände im Reichswirtschaftsministerium.

tu. Berlin, 10. Sept. (Tel.) Das Reichswirtschaftsministerium richtete an die Bergarbeiterverbände eine Einladung für eine Beisprechung der Lage im Bergbau für den morgigen Freitag in Berlin. In dieser Beisprechung soll auch Stellung genommen werden zu den Vorschlägen des Allen Bergarbeiterverbandes in seiner bekannten Denkschrift.

Einstellung des Rothardt-Prozesses.

tu. Magdeburg, 10. Sept. (Tel.) Auf Grund der Amnestie-Berordnung ist nunmehr auch das Verfahren gegen den Redakteur Rothardt (Stahlfurth) eingestellt worden. Rothardt war bekanntlich in Magdeburg wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Ebert zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er legte Berufung ein. Die zweite Verhandlung mußte aber abgebrochen werden, da der angeklagte Zeuge Scheidemann vom Gericht auf jeden Fall vernommen werden wollte.

Noch und Selbstmordversuch.

w. Berlin, 10. Sept. (Drathb.) In einem Hotel am Stehiner Bahnhof tötete gestern nachmittag der 25jährige Monteur Joch seine Frau durch einen Schlag mit einem Taschenmesser, der das Herz traf. Joch verlor sich dann, sich das Leben zu nehmen. Als ihm das nicht gelang, stellte er sich der Polizei.

Die Kneblausgefahr im Rheingau.

tu. Eltville, 10. Sept. (Tel.) Im Rheingau, namentlich in der Gegend von Eltville bis Rheinsheim tritt in zunehmendem Maße die Kneblaus auf, so daß jetzt etwa neunzig Weinberge verheert sind.

6000 Zentner Getreide verbrannt.

w. Hamburg, 10. Sept. (Drathb.) Nach einer Witterung wurde eine Dampfmaschine in Oldenburg (Holstein) durch Großfeuer zerstört, das in dem Mehlstaub sowie in dem Mühlenwert selbst reiche Nahrung fand. Neben vielen Fertigfabrikaten wurden 6000 Zentner Getreide verbrannt. Die Entfesselungsurkunde des Feuers ist wahrscheinlich auf Heißlaufen der Riemengehäusen zurückzuführen.

Die letzten Meldungen.

Der Schiedsspruch über die Löhne der Reichsarbeiter.

w. Berlin, 10. Sept. (Drathb.) Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Ruedin gebildete Schlichtungskammer zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten der Arbeiter bei den Reichsverwaltungen hat am 10. September im Reichsarbeitsministerium getagt. Der gefällte Schiedsspruch steht in seinem wesentlichen Inhalt vor, daß die vom 31. August gefällten Grundlöhne mit Wirkung vom 1. September ab wieder in Kraft treten. Dazu wird den Parteien abgegeben, mit Bescheinigung die Ortslohnzahl eingehend zu prüfen und sie, wenn sie mit der von gleichgestellten Arbeiterprivater Industriezweige nicht übereinstimmt, mit Wirkung vom 1. September ab entsprechend zu erhöhen. Die Parteien haben sich auf diesen Schiedsspruch bis Montag den 14. d. M. mittags 12 Uhr zu erklären.

Die Teilnahme Italiens an der Konferenz.

w. Genf, 10. Sept. (Drathb.) Das Mitglied der italienischen Delegation bei der Völkerbundsversammlung Grandi, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, reist heute abends nach Rom ab. In italienischen Kreisen glaubt man, daß über die von Italien verlangte verbindende Erklärung über seine Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Sicherheitspakt nicht vor Montag oder Dienstag in Rom entschieden werden kann und daß Mussolini vor der endgültigen Entscheidung einen Ministerrat einberufen wird.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 10. Sept. (Eig. Drathb.) Schlussnotierungen: Ott. 24,70—25,00; Dez. 24,81—92; Jan. 24,72—88; März 24,83 bis 24,93; Mai 25,00—10; Juli 25,00—10.

h. Liverpool, 10. Sept. (Funktspruch.) Umsatz 8000, Import 9600, für den Export 100. Schlussnotierungen: Loco 12,89; Sept. 12,55; Okt. 12,47; Nov. 12,39; Dez. 12,43; Jan. 12,43; Febr. 12,43; März 12,49; April 12,49; Mai 12,53; Juni 12,48; Juli 12,48; August 12,42.

h. New York, 10. Sept. (Funktspruch.) Stetig. Schlussnotierungen: Loco 23,60; Sept. 23,36—38; Okt. 23,54—57; Dez. 23,85 bis 23,88; Jan. 23,31—32; März 23,61—64; April 23,76—78; Mai 23,92—92; Juli 23,61—61. Zuführen: Atlantik 29 000; Inland 27 000; Frankreich 3000.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 10. Sept. (Funktspruch.) Schlussnotierungen: Weizen: Sept. 150,5; Dez. 149,25; Mai 152,75; stetig; Mais: Sept. 96,125; Dez. 85,5; Mai 89, willig; Hafer: Sept. 38,825; Dez. 41,75; Mai 45,875; willig; Roggen: Sept. 88,5; Dez. 92,875; Mai 98, schwach.

Kreisblatt
Rhed
Nr.

Die
Franzö
de

tu. Paris

Marzoffo
einem 40 Kil
nal und S
Artillerievor
schen Weidur
stirmt werden
vor allem die
und gestörte
gestrigen Na
teilen ein. I
tationen e
finden sich in
leitung befäh
Marzoffos
Front herang
mit den Ang
geben die Mi
40000 So
glaubt, daß d
wird, seine L
Die Ange
für sehr enst
an dieser Ste
Besitz der str
sch von Teu
versuchen wir
des gestrigen
Kriegsflotte

Wie verl
bringenste W
worden, die
daß sie die S
sie nicht sofort
würden. Nach

Die E

Nach der
des

Ch. Berlin
Answärtige
Anschluß an
richt des Min
lungen einber

tu. Genf,
verbreiteten
vergrößert
nicht abgele
rung vorgeleg
Mussolini an
Abendung für

w. Berlin
Meldungen de
erfolgte Einla
ferenz erfahren
keine Einladu
ist. Abgesehen
Botschafter de
wortnote vom
liegt über die
hinsichtlich der
ständiger Stel
Hieraus ergibt
schätze zu den

tu. Paris,
Minister an
nehmen, erfäß
französischen
in Paris vor
Ministern der
geben wollen.
Projekt zu ver
den ist. Man
einzuladen, d
tischem Brand